

# POLITIKUM

Heft 3 | 2020

ANALYSEN | KONTROVERSEN | BILDUNG

## GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE VISION ODER ILLUSION

Deutschland: € 12,80, Österreich: € 13,90, Schweiz: sFr 16,90



Wie eine demokratische  
Verheißung scheiterte

Staat und Pflicht –  
Fundamental-  
ökonomie

Überversorgte Städte,  
unterversorgtes Land?

Gentrifizierung und  
soziale Polarisierung

Mauer in den Köpfen:  
Ost vs. West

 **WOCHEN  
SCHAU  
VERLAG**





Seite 4

### Schwerpunkt

#### Wie eine demokratische Verheißung scheiterte

Die Ankündigung, die „Grenzen des Staates zurückdrängen“ zu wollen, enthielt nicht nur ein Freiheitsversprechen, sondern war auch eine demokratische Verheißung. Sie blieb allerdings unerfüllt.



Seite 26

### Schwerpunkt

#### Stadt versus Land?

Bei allen Klagen über das Gefälle zwischen Stadt und Land ist die Versorgung mit Leistungen der Daseinsvorsorge insgesamt überwiegend gut. Verbesserungsbedarf gibt es allerdings bei Vielfalt und Qualität des Angebots.



Seite 10

### Schwerpunkt

#### Fundamentalökonomie

Mit diesem Begriff wird die Bedeutung materieller und immaterieller Güter der Daseinsvorsorge für jeden Einzelnen wie auch für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft beschrieben, die der Staat verantworten muss.



Seite 34

### Interview

#### Ost und West

Auch dreißig Jahre nach dem Mauerfall teilt sich das Land in Ost und West. Neben einer „Anerkennungsdiskrepanz“ aus „ostdeutscher“ Perspektive werden die alten Trennlinien hauptsächlich von Menschen mit westlicher Sozialisation aufrechterhalten.



Seite 18

### Schwerpunkt

#### Gentrifizierung

Der Rückzug des Staates aus dem Wohnungsbau und die Preisexplosion bei Immobilien in einigen Städten hat Selektions- und Verdrängungsprozesse ausgelöst, die das Gesicht von Stadtvierteln und ganzen Städten verändert haben.



Seite 42

### Pro & Contra

#### Gleichwertige Lebensverhältnisse

Nutzen und Zweck von Regionalfördermaßnahmen werden unterschiedlich bewertet. Sind sie für den sozialen Zusammenhalt erforderlich und ist die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ ein sinnvolles Ziel?



Seite 58

### Interview

#### Die Politik hat sich selbst kastriert

Die Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand dient mehr als der Bereitstellung wichtiger Güter und Dienstleistungen. Sie zähmt den Kapitalismus, dämpft die Ungleichheit und stärkt, richtig gemacht, Teilhabe und Demokratie.

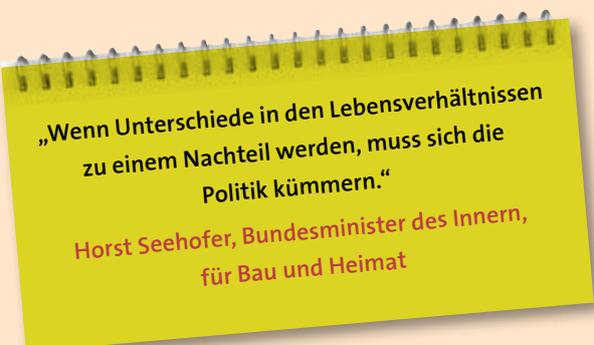


Seite 66

### Forum

#### Wahrheit und Lüge in postfaktischen Zeiten

Die politische Lüge kommt, selbstverständlich, auch in der Demokratie vor. Die hält das aus. Eine Kultur der Lüge, wie sie im „postfaktischen Zeitalter“ gedeiht, ist hingegen eine Bedrohung.



## ■ Gleichwertige Lebensverhältnisse – Vision oder Illusion

### Stefan Schieren

„Jeder Dollar ein Wahlzettel“. Wie eine demokratische Verheißung scheiterte 4

### Hans-Jürgen Bieling u. Matthias Möhring-Hesse

Den Staat in die Pflicht nehmen. Staatliche Gewährleistung der öffentlichen Infrastruktur 10

### Martin Kronauer

Gentrifizierung und soziale Polarisierung in der Stadt 18

### Antonia Milbert und Matthias Furkert

Überversorgte Städte, unterversorgtes Land? Regionale Selektionsprozesse im Bereich der Daseinsvorsorge 26

### Madlen Preuß

Ein neuer „Ost-West-Konflikt“? Deutschland im Jahr 30 der Wiedervereinigung 34

## ■ Pro & Contra

### Christian A. Oberst

Warum es in der Sozialen Marktwirtschaft der Regionalpolitik bedarf 43

### Joachim Ragnitz

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse: ein untaugliches Konzept 50

## ■ Interview mit Kevin Kühnert

Die Politik hat sich selbst kastriert 58

## ■ Forum

### Klaus Stüwe

Wann Lügen zum Problem werden. Zum Umgang mit der Wahrheit im postfaktischen Zeitalter 66

## ■ Rezensionen

Bücher zum Thema 72

Bücher für den Politikunterricht 77

Das besondere Buch 78

■ Literaturtipps 79

Impressum 80

# Pro & Contra

## Kann und soll die Politik gleichwertige Lebensverhältnisse herstellen?

Der Nutzen und der Zweck von Regionalfördermaßnahmen werden unterschiedlich bewertet.

Sind sie für den sozialen Zusammenhalt erforderlich,  
und ist die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ ein sinnvolles Ziel?



# Warum es in der Sozialen Marktwirtschaft der Regionalpolitik bedarf

von CHRISTIAN A. OBERST

Die These zur „Rache“ der unbedeutenden Regionen an der Wahlurne von Rodríguez-Pose brachte eine neue Dynamik in die Diskussion um Regionalpolitik. Demnach führen starke regionale Ungleichheiten und daraus resultierende Unzufriedenheiten über politische Entwicklungen in der Bevölkerung zu wirtschaftlichen Risiken. So waren es vor allem Bürger in den angeschlagenen ehemaligen Industrieregionen Englands, die für den Brexit stimmten. Und rechtspopulistische Politiker, wie etwa Trump in den USA oder auch Le Pen in Frankreich, waren bei Wahlen vor allem in strukturschwachen Regionen stark. Es gibt aber auch Gegenbeispiele, etwa die rechtspopulistische Lega in Italien, die anfangs hauptsächlich im wohlhabenden Norden Italiens aktiv war und zeitweilig die Abspaltung von Italien forderte, oder auch die Wahl des rechtsextremen Präsidenten Brasiliens Bolsonaro, der oft mit Trump verglichen wird, jedoch bei seiner Wahl vor allem in den wohlhabenderen Regionen am erfolgreichsten war. Die Gegenbeispiele könnte man in Analogie als „Rache“ der Geberregionen und eine Art politischen Rebound-Effekt regionaler Umverteilung beschreiben.

Auch in Deutschland ist die Rache an der Wahlurne nicht eindeutig: Stimmenanteile für die Partei Alternative für Deutschland (AfD) sind zwar in manchen strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands besonders hoch, aber die AfD ist auch in anderen, wohlhabenden Landesteilen erfolgreich. Problematische regionale Entwicklungen spielen bei der Wahl von Populisten sicherlich eine wichtige Rolle, aber sie sind nicht der einzige Erklärungsgrund. Die Notwendigkeit von Regionalpolitik damit zu begründen, die Wahl von Populisten zu verhindern, ist ein Argument mit politischer Sprengkraft. Denn was wäre die Konsequenz für die Regionalpolitik, wenn diese Populisten an der Regierung sind? Die verkürzte Begründung von Regionalpolitik über die Gefahr des Populismus ist zumindest problematisch. Weniger kontrovers ist jedoch die Begründung über gesellschaftlichen und territorialen Zusammenhalt. Die po-

litischen und gesellschaftlichen Auswirkungen starker regionaler Ungleichheiten dürften nicht unterschätzt werden, aber genauso wenig darf die Akzeptanz in den Geberregionen überbelastet werden.

Stellen wir uns vor dem Hintergrund der Corona-Krise vor, dass aufgrund der ausgeprägten Knappheit von medizinischen Ressourcen nur Personen in „manchen“ Regionen Zugang zu Tests, Medikamenten oder Impfstoffen erhalten, da die Mindestschwelle für messbare Erfolge der Bereitstellung in den „anderen“ Regionen zu hoch wäre. Diese Zustände wären vermutlich gesellschaftlich nicht akzeptabel, wobei wir hier „manche“ und „andere“ beliebig durch „ländlich“ und „städtisch“ ersetzen können. Doch wie sieht es abseits von Ausnahmesituationen wie einer Pandemie mit der gesellschaftlichen Akzeptanz von stark ausgeprägten regionalen Unterschieden bei der Daseinsvorsorge und allgemeinen Lebensbedingungen aus, etwa bei der Qualität der medizinischen Versorgung, bei Bildungseinrichtungen, öffentlicher Verkehrsinfrastruktur oder der Verfügbarkeit einer gesicherten Strom- und Internetversorgung? Die Liste lässt sich fortsetzen mit der Verfügbarkeit von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, Voraussetzungen für Selbständigkeit und Betriebsgründungen bis hin zur Garantie von sauberer Luft und Sicherheit. Wenn die Notwendigkeit des allgemeinen Zugangs zu diesen Leistungen nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird, ist eine Regionalpolitik, die auf Teilhabe und Chancengerechtigkeit ausgerichtet ist, gut begründbar.

„Da die gegenwärtige Generation nur die Ergebnisse des Neoliberalismus sieht, entgeht ihr leicht, dass die Zerstörung der Verhandlungsmacht der Arbeiter das zentrale Vorhaben des ganzen Projekts war.“

Paul Mason, Publizist (London)

Eine Gesellschaft, deren Mitglieder in Unkenntnis über ihre eigene Lage und regionale Zugehörigkeit sind, sollte sich auf Mindeststandards in der Ausstat-

.....

*Wer meint, dass es des Internets nicht an jeder Milchkanne bedarf, der sollte sich überlegen, ob er dies auch für die Stromversorgung vertreten könnte*

.....

zung mit öffentlicher Infrastruktur einigen können, die notwendig sind, um Teilhabe und Zukunftschancen zu gewährleisten (Schleier des Nichtwissens nach Rawls). In der aktuellen Situation, mit der hohen Unsicherheit über die (regionalen) Auswirkungen der Corona-Krise, kommen wir der Idee des Gedankenexperiments vermutlich näher als in normalen Zeiten. Die Entscheidungsregelung sollte zudem die Kosten der notwendigen Maßnahmen derart begrenzen, dass Wachstumspotenziale insgesamt nicht gefährdet werden. Eine staatliche Garantie der Bereitstellung ist nicht zu verwechseln mit der staatlichen Selbstherstellung. Beim Mobilfunknetz etwa muss der Staat keine eigenen Masten aufstellen, sondern es genügt, den Betreibern in den Vergabelizenzen eine flächendeckende Versorgung vorzuschreiben – auch wenn die Lizenzen dann weniger Einnahmen generieren.

Kritiker von Regionalpolitik verweisen auf die ökonomische Ineffizienz von Investitionen in strukturschwachen Regionen zum Erhalt und zur Verbesserung der Lebensqualität. Dies wird beschrieben als das Subventionieren gegen unaufhaltsame globale Trends, wie etwa die Verlagerung wirtschaftlicher und menschlicher Aktivitäten in die zentralen Ballungsräume. Die auf regionalen Ausgleich ausgerichtete Politik kommt demnach einer Sisyphusarbeit gleich und muss letztlich scheitern. Schließlich werden so manche Regionen mit Handlungsbedarf seit Jahrzehnten gefördert, ohne dass sie mittlerweile wesentlich besser dastünden. Allerdings fehlt das alternative Szenario, wie es in diesen Regionen ohne Finanzausgleich und Regionalförderung aussehen würde. Man führe sich hier etwa das Beispiel des *Rust Belts* (unter anderem mit Detroit) in den USA als Vorbild für das Ruhrgebiet vor Augen. Nach dieser einseitig auf Effizienz ausgerichteten Argumentation sollten Wachstumskerne und nicht strukturschwache Regionen gefördert werden.



© picture alliance/dpa | Marjan Murat

Ein Internist in seiner Praxis. Mit Telemedizin könnte ...

So kommen schließlich die theoretischen Arbeiten der Neuen Ökonomischen Geografie zu dem Ergebnis, dass bei niedrigen Handelskosten die Zentren gefördert werden sollten und nur bei hohen Handelskosten auf Dispersion zu setzen sei. Welchen Einfluss ein solches Fördersystem auf die gesamte Gesellschaft haben könnte, in Form von politischen und sozialen Kosten, wird bei diesem Ansatz jedoch völlig ausgeblendet. Zudem dürfte ein noch weiter zunehmender Bevölkerungsanstieg in die Ballungszentren nicht problemlos verlaufen. Man denke etwa an Überfüllungskosten von mangelndem Wohnraum und hohe Wohnungspreise über Schulplatzmangel bis hin zu Staukosten und höherer Umweltbelastung.

Die ausschließlich auf Effizienz ausgerichtete Wachstumsargumentation ist eine verkürzte Darstellung. So lässt sich nämlich aus der Theorie auch eine distributiv motivierte Regionalpolitik ableiten. So kann es sinnvoll sein, Verlierer(-Regionen) zu kompensieren, die bei gesamtwirtschaftlich gewünschten und wachstumsfördernden Prozessen wie technischem Fortschritt, Handelsabkommen oder politisch angestrebten Projekten wie der Energiewende außen vor bleiben oder sogar absolut verlieren. Regionalpolitik als eine Art Nachteilsausgleich, die nicht zuletzt die regionale Akzeptanz des gesamtwirtschaftlich vorteilhaften Prozesses sicherstellen soll. Die Argumentation basiert darauf, dass in der Realität Verlierer nicht eindeutig auf individueller Ebene identifiziert werden können und eine steuerliche Umverteilung unzureichend ist. Somit ergibt sich bei regionaler wirtschaftlicher Konzentration der Nachteile und li-

mitierter Mobilität der Arbeitnehmer ein distributiv motivierter Handlungsbedarf für die Regionalpolitik.

Die Ausgestaltung der Regionalpolitik in Deutschland wird vor allem durch den Begriff „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ geprägt. Es ist ein erklärtes politisches Handlungsziel (Artikel 72 Grundgesetz) und Leitbild der Raumentwicklung. Im Bericht „Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall“ einer Regierungskommission im Jahr 2019 heißt es: „Gleichwertige Lebensverhältnisse bedeuten gute Entwicklungschancen und faire Teilhabemöglichkeiten für alle in Deutschland lebenden Menschen, unabhängig vom Wohnort.“ Regionalpolitik soll also gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen sicherstellen. Dies wird etwa im Raumordnungsgesetz konkretisiert. Dort werden neben der Sicherung der Daseinsvorsorge auch die Stärkung der (regionalen) Wettbewerbsfähigkeit und eine räumlich ausgewogene Wirtschaftsstruktur als Grundsätze vorgeschrieben. Das heißt, Regionalpolitik kann mehr sein als nur die Sicherung von Mindeststandards in der Daseinsvorsorge. In Ergänzung etwa zum Länderfinanzausgleich und zu den kommunalen Finanzausgleichen in den Ländern werden in Deutschland über die regionalpolitischen Förderungsmittel üblicherweise strukturschwache Regionen unterstützt. In den letzten drei Jahrzehnten überwiegend in Ostdeutschland und vor der Wiedervereinigung in den sogenannten Zonenrandgebieten. Der regionale Fokus der übergeordneten Regionalförderung lag auf eindeutigen Son-

dertatbeständen. Zu beachten ist, dass das aktuelle finanzielle Volumen regionaler Förderinstrumente, wie etwa der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, deutlich geringer ist als das Volumen des Länderfinanzausgleiches.

Einfache Unterscheidungen, etwa nach Ost und West oder Stadt und Land, greifen mittlerweile bei der Identifikation regionaler Sondertatbestände in Deutschland zu kurz. Es ist mehr als fraglich, ob es in Deutschland noch vergleichbare Sondertatbestände wie nach der Wiedervereinigung gibt oder abgehängte Regionen, also Regionen, die bei der Mehrzahl an Standortindikatoren sowohl unterdurchschnittliche Ausgangsbedingungen als auch eine unterdurchschnittliche Entwicklung aufweisen und deren Situation vergleichbar ist mit den angeschlagenen ehemaligen Industrieregionen in den USA und Großbritannien oder den peripheren Regionen Süditaliens und der USA. Dass es solche Situationen und Entwicklungen in Deutschland nicht gibt, ist sicherlich auch ein Verdienst des föderalen Systems und der Regionalpolitik im weiteren Sinne. Häufig dürfte es eher um den Eindruck gehen, abgehängt zu sein, als dass es der eigentliche Tatbestand ist.

Statt mit eindimensionalen Abweichungen und einem Auseinanderdriften von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und regionaler Versorgungsqualität der öffentlichen und privaten Infrastruktur haben wir es mit differenzierten Problemsituationen und Teilentwicklungen zu tun, die unterschiedlichen Handlungsbedarf auf verschiedenen Ebenen nach sich



... ein Teil der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum gewährleistet werden.

ziehen. Es gibt in Deutschland nicht die abgehängte Provinz, deren Standortnachteile zu den Städten immer größer wird. Stattdessen gibt es sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum, im Osten und Westen, Regionen mit regionalpolitischem Handlungsbedarf. Ebenso gibt es in allen Landesteilen erfolgreich aufgestellte Regionen. Als Beispiel seien hier die etablierten Unternehmensstandorte des deutschen Mittelstandes im ländlichen Raum genannt. Viele davon mit sogenannten „Hidden Champions“, also hochspezialisierten und oft inhabergeführten Weltmarktführern. Gerade in Ostdeutschland liegen jedoch „Licht und Schatten“ in der regionalen Entwicklung oft in unmittelbarer Nähe. Neben Aufsteigerregionen wie Westsachsen mit Leipzig und Berlin-Brandenburg sind viele ländliche Regionen mit Schrumpfung und Überalterung konfrontiert, was mit einer ganzen Reihe von Schwierigkeiten für die Daseinsvorsorge, Infrastruktur und regionale Wirtschaftsentwicklung verbunden ist. Im Westen sind es vor allem die problematischen Arbeitsmarktlagen im Ruhrgebiet, im Saarland und in Bremerhaven, die in Folge eines andauernden oder verschleppten Strukturwandels entstanden sind und wo sich trotz des langen Aufschwungs in den 2010er Jahren die Lage nicht maßgeblich verbessert hat. Auch der fehlende Ausbau und die mangelnde Verfügbarkeit einer mo-

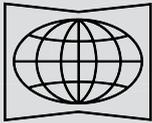
deren Kommunikationsinfrastruktur sind in vielen ländlichen Regionen ein Problem, genauso wie die mangelnde Handlungsfähigkeit vieler Kommunen aufgrund von Überschuldung und schwacher Finanzausstattung. Andererseits gibt es etwa bei Verkehrsweegen eigentlich keine abgehängten Regionen, sondern eher Überlastungserscheinungen in Boomregionen. Diese unterschiedlichen Problemlagen erfordern differenzierte regionalpolitische Ansätze.

Aus der auf Teilhabe zielenden und distributiv motivierten Regionalpolitik können in Ergänzung zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der lokalen und regionalen Ebene verschiedene Umsetzungsmaßnahmen für die übergeordnete Regionalpolitik des Bundes abgeleitet werden. Dazu zählt etwa die Unterstützung beim Aufbau einer flächendeckenden modernen Kommunikationsinfrastruktur, die sich (zunächst) aus rein privatwirtschaftlichem Kalkül in dünn besiedelten Regionen nicht lohnt, jedoch eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe an der modernen Wirtschaft darstellt. Beispiele für solche Formen der Teilhabe sind die Möglichkeiten von Home-Office und Telemedizin. Internet und Mobilfunk können als Basistechnologien („general purpose technology“) verstanden werden, die Innovations- und Produktionspotenziale der Mehrzahl der Branchen erheblich beeinflussen – historisch vergleichbar mit Elektrizität und Telefon. Die Innova-



© picture alliance / Rainer Hackenberg

Abwärtsspiralen muss entgegengewirkt werden. Ehemalige Stadthalle in Düren, NRW



**WOCHEN  
SCHAU  
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung



Ralf Fücks, Christoph Becker (Hg.)

## Das alte Denken der Neuen Rechten

### Die langen Linien der antiliberalen Revolte

Die liberale Demokratie steht weltweit unter Druck. Wer der antiliberalen Bewegung erfolgreich entgegentreten will, muss sich mit ihren Ursachen und ideologischen Mustern auseinandersetzen. Die langen Linien antiliberalen Denkens von Carl Schmitt, Martin Heidegger und Ernst Jünger bis zu Alain de Benoist und Alexander Dugin für die heutige Debatte aufzuarbeiten, ist Ziel dieses Sammelbands.

ISBN 978-3-7344-1122-9, 288 S., € 19,90

E-Book ISBN 978-3-7344-1123-6 (PDF), € 17,99

**POLITISCHES FACHBUCH**



ISBN 978-3-7344-1164-9, ca. 160 S., € 14,90  
E-Book 978-3-7344-1165-6 (PDF), € 11,99



ISBN 978-3-7344-0899-1, 176 S., € 12,80  
E-Book 978-3-7344-0900-4 (PDF), € 9,99



ISBN 978-3-7344-0989-9, 176 S., € 14,90  
E-Book 978-3-7344-0990-5 (PDF), € 11,99

**JETZT DEN AKTUELLEN NEWSLETTER BESTELLEN: [WWW.WOCHENSCHAU-VERLAG.DE](http://WWW.WOCHENSCHAU-VERLAG.DE)**

Tel. 07154/1327-30 · [www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de) · [info@wochenschau-verlag.de](mailto:info@wochenschau-verlag.de) · [www.facebook.com/wochenschau.verlag](https://www.facebook.com/wochenschau.verlag)

tionspotenziale bei diesen Technologien sind zu Beginn der Verbreitung kaum abschätzbar (da viele neue Geschäftsmodelle erst entstehen werden) und es ist unklar, an welchem Ort sich der größte Nutzen entfaltet. So könnte etwa mit Telemedizin ein Teil der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum gesichert werden oder über Sensorik und Automatisierungen die Landwirtschaft modernisiert und nachhaltiger organisiert werden. Wer meint, dass es mobilen Internets nicht an jeder Milchkanne bedarf, der sollte sich überlegen, ob er dies auch für die Stromversorgung vertreten könnte. Weitere Maßnahmen sind etwa die Ansiedlung von Behörden und Hochschulen in strukturschwachen Regionen, die einen Strukturwandel einleiten oder begleiten können. Regionalpolitik kann hier als Wegbereiter verstanden werden. Es gibt auch Maßnahmen, die allein auf die Akzeptanz von als gesamtgesellschaftlich vorteilhaft eingeschätzten Prozessen abzielen. So könnten etwa in landwirtschaftlich geprägten Landesteilen regionalpolitisch motivierte Subventionen damit gerechtfertigt werden, dass ansonsten die Akzeptanz eines angestrebten Freihandelsabkommens gefährdet sei. Die Grenze zwischen nachvollziehbarem Nachteilsausgleich und politischem Kuhhandel verschwimmen jedoch in der Praxis.

### Fazit

Sollte die Politik jedem regionalen Strukturwandel und Unterschied entgegenwirken? Auf keinen Fall! Aber wenn die Frage lautet, ob Bürgern in allen Regionen die gleichwertige Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben ermöglicht werden muss, dann sollte diese bejaht werden.

Regionalpolitik mit dem Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, ist viel mehr als nur die Vergabe von Fördermitteln für strukturschwache Regionen. Sie spiegelt sich in der föderalen Struktur des Landes, insbesondere im Finanzausgleich der Länder und Kommunen, und in der öffentlichen Infrastruktur wider. Nur weil einzelne Instrumente der Regionalpoli-

„To allow the market mechanism to be sole director of the fate of human beings and their natural environment, would result in the demolition of society.“

Karl Polanyi, Wirtschaftshistoriker und Ökonom



© 2020 jock-scott / Photocase

Leerstände verursachen hohe gesellschaftliche Kosten.

tik nicht mehr zeitgemäß sind und auf den ersten Blick ökonomisch ineffizient erscheinen, sollte die Zielsetzung der gleichwertigen Lebensverhältnisse nicht in Frage gestellt werden. Für eine zukünftige Ausrichtung von Fördermitteln ist jedoch zu klären, ob ein allgemeiner Regionsschwerpunkt noch zeitgemäß ist oder ob es nicht besser wäre, sektorale Ziele regionsübergreifend anzustreben. Demnach wäre es weniger wichtig Förderregionen zu identifizieren, aber umso wichtiger, gesellschaftlich akzeptable Qualitätsziele zu vereinbaren. Dabei bedarf es der Freiheit, regional unterschiedliche Lösungen zu finden. Der Zugang zur medizinischen Versorgung wird im ländlichen Raum anders gelöst werden müssen als in Städten. Die Ausgestaltung der Mindeststandards sollte daher vor allem vor Ort getroffen werden. Das bedeutet aber auch, dass es zu gesellschaftlich akzeptablen regionalen Unterschieden in der konkreten Form der Infrastrukturbereitstellung kommt. Maßgeblich ist jedoch nicht Art oder Anzahl der Bereitstellung, sondern die Qualität der Versorgung. Aus der Notwendigkeit der dezentralen Lösung folgt, dass der Finanzausstattung der Kommunen eine zentrale Bedeutung zukommt. Denn nur eine handlungsfähige regionale Ebene kann die Bereitstellung der öffentlichen Güter an den Präferenzen der Bürger ausrichten.

Mit Regionalpolitik sollen eine flächendeckende Daseinsvorsorge und Grundvoraussetzungen für zu-

künftige Standortentwicklung gewährleistet werden sowie möglichen Abwärtsspiralen mit verstärkten negativen externen Effekten auf die verbleibende Bevölkerung entgegengewirkt. In Ergänzung zum Finanzausgleich und der Stärkung der kommunalen Ebene bedarf es in einigen Bereichen, etwa dem Wohnungsmarkt, auch einer Stärkung der regionalen Zusammenarbeit. Denn sowohl in Schrumpfungs- als auch in Wachstumsregionen ist es wichtig, dass benachbarte und wechselseitig abhängige Kommunen (etwa eine Stadt und deren Umlandgemeinden) gemeinsam Lösungen finden. Die Wahl der geeignetsten administrativen Ebenen ist ein Balanceakt – so nah am Bürger wie möglich, aber unter Berücksichtigung möglichst aller Betroffenen.

## LITERATUR

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2019: Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall; [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/gleichwertige-lebensverhaeltnisse/unsere-](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/gleichwertige-lebensverhaeltnisse/unsere-plan-fuer-deutschland-langversion-kom-gl.pdf;jsessionid=08D7B52FBE14D1AB74420A22B1BDAE72.1_cid295?__blob=publicationFile&v=4)

[plan-fuer-deutschland-langversion-kom-gl.pdf;jsessionid=08D7B52FBE14D1AB74420A22B1BDAE72.1\\_cid295?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/gleichwertige-lebensverhaeltnisse/unsere-plan-fuer-deutschland-langversion-kom-gl.pdf;jsessionid=08D7B52FBE14D1AB74420A22B1BDAE72.1_cid295?__blob=publicationFile&v=4) [letzter Zugriff 28.5.2020].

Hüther, M./Südekum, J./Voigtländer, M. 2019: Die Zukunft der Regionen in Deutschland – Zwischen Vielfalt und Gleichwertigkeit. Institut der deutschen Wirtschaft, Köln; [https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user\\_upload/Studien/Externe\\_Studien/2019/IW-Regionalstudie\\_2019.pdf](https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Externe_Studien/2019/IW-Regionalstudie_2019.pdf) [28.5.2020].

Rodríguez-Pose, A. 2017: The revenge of the places that don't matter (and what to do about it). In: Cambridge Journal of Regions, Economy and Society, 11 (1), S. 189–209.



**Dr. Christian A. Oberst** ist Referent für Wohnungspolitik und Immobilienökonomik im Institut der deutschen Wirtschaft, Köln. Zudem ist er ehrenamtlich Vorstandsmitglied des *International Network for Economic Research*.



## Psychosozial-Verlag



Steven Taylor

### Die Pandemie als psychologische Herausforderung

Ansätze für ein psychosoziales Krisenmanagement

185 Seiten • Broschur • € 19,90

ISBN 978-3-8379-3035-1

»Vieles liegt in Taylors Buch bereits systematisch und fundiert vor, das durchaus als Leitfaden gelten darf, nicht nur für den Umgang mit Angst, Isolation und Quarantäne, mit dem Stress in Großgruppen und den Antworten auf Angst.«

*Der Tagesspiegel*

Auf der Grundlage der wissenschaftlichen Literatur zu früheren Pandemien untersucht Steven Taylor die psychologischen Folgen von Pandemien und ihrer Bekämpfung. Er verdeutlicht, dass die Psychologie bei der (Nicht-)Einhaltung von Abstandsregelungen und Hygieneempfehlungen sowie beim Umgang mit der pandemischen Bedrohung und den damit verbundenen Einschränkungen eine wichtige Rolle spielt.

Walltorstr. 10 • 35390 Gießen • Tel. 0641-969978-18 • Fax 0641-969978-19  
bestellung@psychosozial-verlag.de • www.psychosozial-verlag.de

Copyright Wochenschau Verlag

# Weitere lieferbare Hefte



[www.politikum.org](http://www.politikum.org)